

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den wichtigsten Beilagen „Festsünden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschl. Trägerlohn A 1.60; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag + Verkäufliche Zeitung im Oberamtsbezirk + Schriftleitung, Druck und Verlag von G. B. Zaiser (Joh. Karl Zaiser) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Bergzettel oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Restameile 60 J., Sammel-Anzeigen 50%o Nachschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kurtrüge und Waffren-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 5113

Nr. 117

Gegründet 1827

Freitag, den 22. Mai 1931

Fernsprecher Nr. 29

105. Jahrgang

Politische Wochenschau

Eine vernünftige Stimme aus England / Briand der Große / Waffen und Gold wiegen schwerer als Worte und schöne Gesen / Raus aus dem Völkerbund! / Die nationalsozialistische Hochflut wächst trotz Notverordnung weiter / Die Not im Bergbau

Garbin schreibt im englischen „Observer“ u. a.: Die große deutsche Rasse im Herzen Europas werde immer noch wie eine eroberte Rasse behandelt. Immer noch verweigern die „Sieger“ dieser Rasse volle Freiheit, während sie selbst bis an die Zähne bewaffnet seien. Die wirtschaftliche Einheit zwischen Deutschland und Oesterreich sei natürlich und gesund. Diese Mitglieder des Völkerbunds haben das gleiche Anrecht auf Freiheit wie die übrigen. Sie leben als Nachbarn, sie sprechen dieselbe Muttersprache, sie haben die Literatur und die Kunst gemeinsam, sie seien Teile einer einzigen großen Rasse, sie seien Brüder. Niemand habe das moralische Recht, sie zu verbürdern, ihr eigenes Wohlergehen zu fördern. Über 70 Millionen Deutsche leben im Reich und in Oesterreich. Eine physisch und geistig stärkere Rasse habe die Welt nie gekannt. Daß diese Rasse existiere und Mitteleuropa überdauere, sei nicht ihr Fehler, sondern es sei ein göttlicher Akt. Wenn irgendeine Regierung von dem englischen Volk verlangt werde, ohne überwältigende Notwendigkeit noch einmal in irgendeinen europäischen Krieg zu ziehen, so würde diese Regierung hinweggefegt werden mit der Gewalt einer Revolution.

Wahrlich goldene Worte! Schade, daß sie nicht über die Lippen des britischen Außenministers Henderson kamen. Dieser hat vielmehr — was bei der Einstellung der Londoner Regierung vorauszu sehen war — wieder einmal einen „Kompromißantrag“ gestellt, nämlich das Wiener Zollunionsprotokoll vom 29. März an den Haager Gerichtshof zu überweisen. Er soll den Vertrag auf seine juristische Vereinbarkeit mit Art. 88 des Friedensvertrags von St. Germain und der Konvention von 1922 prüfen, also mit Rücksicht auf die dort festgelegte Unabhängigkeit des österreichischen Staates. Außerdem hat Henderson durch starkes Zureden den österreichischen Außenminister Dr. Schöberl zu dem Verzicht gewonnen, bis dahin die Zollverhandlungen mit Deutschland ruhen zu lassen.

Ein bedauerliches Ergebnis! Briand hat also das Spiel gewonnen. Wohl ist aufgehoben nicht immer aufgehoben. In Genf aber gilt das Sprüchlein nicht. Wenn im Völkerbund etwas, namentlich in deutschen Angelegenheiten, auf die lange Bank geschoben ist, dann ist es so gut wie begraben. Dafür wird Frankreich ebenso geschickt wie gewalttätige Politik sorgen. Nun kann Briand mit heftiger Geste heimkommen und seinen Franzosen, die bei der Präsidentschaftswahl ihn durchfallen ließen, höhnisch auf seine Denkschrift vom letzten Sonntag und auf seinen Erfolg tags zuvor hinweisen mit der Frage: Wer macht mir das nach? Ist es nicht schände von euch, daß ihr den unbedeutenden Doumer mit, dem gemieteten Diplomaten, vorgezogen habt?

Briand spielte in Genf den barmherzigen Samariter, der das unter die Würder von St. Germain gefallene arme Oesterreich hebedoll pflegen und vor dem wirtschaftlich übermächtigen Deutschland wirksam schützen will. Es ist ihm beiseite nicht um Frankreich zu tun. Er hat nur das Wohl und den Frieden Europas und das Interesse Oesterreichs im Auge. Der klauwe Kattensänger verpricht den bedürftigen osteuropäischen Agrarstaaten reiche Kredite und die gewünschten Vorzugszölle, unter der einzigen Bedingung — daß sie den Forderungen von Berlin und Wien nicht folgen. Mag Dr. Curtius das Gegenteil sagen, mag er noch so geschickt und „änderlich“ Briands halboffe Einwürfe widerlegen, mag er noch so energisch dagegen protestieren, daß Deutschland und Oesterreich in Genf als „Staaten minderen Rechts“ behandelt werden — gleichwohl, Frankreichs Waffen und Gold werden sie von der einen Seite abführen und für die andere Seite gewinnen. Dagegen hilft nichts als vielleicht — Deutschlands Ausritt aus dem Völkerbund, auch auf die Gefahr hin, daß wir bei der Allgemeinen Abrüstungskonferenz 1932 nichts mehr zu sagen hätten — was ohnedies der Fall sein wird. Das wäre, meint der „Observer“ — um noch einmal auf jenen Sonntagartikel zurückzukommen — das einzig friedliche Mittel, um die Welt zu zwingen, die Tatsache anzuerkennen, daß die ganze Zukunft auf dem Spiele stände.

Doch genug mit diesem traurigen Kapitel der Fokunion! Auch unser innerpolitisches Leben wurde durch die Didenburger Wahl vom letzten Sonntag bewegt. 21 von 48 Mandaten hat die nationale Opposition der Nationalsozialisten (19) und der Deutschnationalen (2) gewonnen. Schwerm Rücken erfuhr die Sozialdemokratie, noch schlimmer erging es der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Man war, besonders auch in Regierungskreisen, auf den Ausgang dieser Wahl sehr gespannt, namentlich auch in der Erwägung, ob die nationalsozialistische Hochflut nicht wieder zurückkäme? Das war nicht der Fall. Die Notverordnung vom 28. März, die sie treffen wollte, hat das Gegenteil bewirkt.

Es ist und bleibt ein Ruhschloßblatt in der deutschen Geschichte, daß unser Volk mit seinen fünf Millionen Arbeitlosen den schweren Winter ohne Bürgerkrieg durchgehalten hat. Es ist jetzt etwas besser geworden. Aber immer noch ist

andere Wirtschaft in schwieriger Not. Davon konnte wieder auf der Jahresversammlung des Bergbauvereins in Essen ein trauriges Lied gesungen werden. In den Jahren 1920 bis 1929 haben nicht weniger als 98 Zechen, darunter 83 für immer, ihre Tore geschlossen. Bestes Jahr mußten weitere 7 Zechen mit einer Förderung von 3 Millionen Tonnen stillgelegt werden. Die Zahl der angelegten Arbeiter von 383 500 im Januar 1930 sank von Monat zu Monat stetig bis auf 290 300 am Schluss des Jahres, so daß nicht weniger als 93 165 Bergarbeiter oder nahezu ein Viertel der Gesamtbelegschaft entlassen werden mußten. Der Absatz einschließlich des Zechenelbstverbrauchs stieg sich auf 88,02 Millionen gegen 121,3 Millionen Tonnen im Jahr zuvor. Die Kohlenförderung von fast 8 Wochen liegt auf Lager, von den großen Kohlebergen ganz zu schweigen. „Niemals während der fast 75jährigen Existenz des Bergbauvereins hat eine Jahresversammlung unter so furchtbaren Wirtschaftszeichen gestanden.“ Dazu kommt noch, daß das wirtschaftliche und politische Schicksal von ganz Rheinland-Westfalen unauflöslich mit dem Ruhrbergbau zusammenhängt. Sie noch mehr: „Es kam in Deutschland nicht gut gehen, wenn seine bedeutendsten Provinzen bittere Not leiden.“ W. H.

Eine feine Verwandtschaft

Remmele verurteilt

Leipzig, 21. Mai. In dem Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Parteisekretär Hermann Remmele verurteilte das Reichsgericht heute den Angeklagten in Abwesenheit wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinzeit mit Verurteilung gegen das Republikstuhlgeläch zu 2 Jahren und 9 Monaten Festungshaft.

Remmele ist der Bruder des gegenwärtigen badi schen Außenministers.

Politische Besprechungen

Berlin, 21. Mai. In der Reichskanzlei wurden heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Besprechungen mit den Führern der Bayerischen Volkspartei über die Streitfrage des Steuervereinfachungsgesetzes fortgesetzt. Zu dem Ergebnis dieser Besprechungen wird der Landesparteiausschuß der Bayerischen Volkspartei Ende dieses Monats endgültig Stellung nehmen.

Der Vorstand der Zentrumskassation besprach gestern die politische Lage, insbesondere das Ergebnis der ostenburgischen Landtagswahlen und der Genfer Ratsitzung. Nach der Beendigung des sozialdemokratischen Parteitags (4. Juni) soll die Zentrumskassation zu einer Tagung in Hildesheim zusammentreten.

Es dürfte sich um die Frage handeln, ob das Zentrum weiter mit der Sozialdemokratie zusammengehen oder Fühlung mit der Rechten nehmen soll.

Scharfe Angriffe gegen Curtius

Forderung seines Rücktritts

Die der Deutschen Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt in einem Aufsatz erregenden Artikel fest, daß Deutschland in der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundrats, die doch unter dem Vorsitz des Reichsaussenministers Dr. Curtius stattfindet, wieder eine völlige Niederlage erlitten habe, die der ungeschickten Taktik der deutschen Abordnung, vor allem Curtius zuzuschreiben sei. Nicht nur, daß die Frage der deutsch-österreichischen Volksgemeinschaft an den Haager Schiedsgerichtshof verwiesen wurde, sei eine Maßnahme zugunsten Deutschlands und seines guten Rechts, sondern mehr noch, daß der Völkerbundrat sich vorbehalten habe, die Frage nach der polnischen Seite zu behandeln, selbst wenn das Gutachten des Schiedsgerichts günstig für Deutschland ausfallen sollte. Diese Niederlage sei der deutschen Abordnung vom Völkerbundrat unter Führung des englischen Außenministers Henderson beigebracht worden. Man müsse daher fragen, ob die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund überhaupt noch einen Zweck habe und verantwortbar sei. Vor allem aber scheine es undenkbar, daß Dr. Curtius den Reichskanzler Anfang Juni nach Chequers zur englischen Einladung begleite. Das Ansehen des Kabinetts Brünning sei durch die Genfer Vorgänge schwer gefährdet. Nachdem Dr. Curtius in Genf eben eine solche Behandlung über sich ergehen lassen mußte, habe er nicht mehr die nötige Autorität, um bei der Belorechnung in Chequers, wo wichtige

Tagespiegel

Das Reichskabinett wird seine Beratungen erst nach den Pfingsttagen wieder aufnehmen. Die Vorbesprechungen der einzelnen Minister für die zu behandelnden Finanzfragen sind abgeschlossen.

Die Besprechung Briands mit Dr. Curtius in Genf soll nach dem Pariser „Matin“ ergebnislos verlaufen sein. Im übrigen rüstet man sich in Genf zur Abreise. Briand wird am Freitag Genf verlassen.

Briand wird am Dienstag im französischen Ministerrat Bericht über Genf erstatten. Dann wird es sich erst entscheiden, ob er Außenminister bleibt.

Der Europa-Auswahlgang hat beschlossen, daß die Internationale Agrarbank in Genf errichtet werden soll.

Der Völkerbundrat hat den von Dr. Curtius verteidigten deutschen Vorschlag einer genauen Offenlegung der Rüstungen auf Grund bestimmter Tabellen mit allen anderen Stimmen abgelehnt.

Der Völkerbundrat hat den Vorschlag der Errichtung einer Internationalen Agrarreditbank unter Hoheit des Völkerbunds mit dem Stich in Genf angenommen.

Das belgische Kabinett Jaspars ist über dem Streit um die Rüstungs- und Besetzungsforderungen zu Fall gekommen.

Die Wahlen zu den verfassungsgebenden Cortes in Spanien wurden am 28. Juni festgesetzt.

Faschismus und Katholische Aktion

Rom, 21. Mai. Bei einer Audienz von Studenten der Katholischen Aktion beim Papst wurden, wie der „Observatore Romano“ berichtet, Beschwerden über Versammlungsverbote u. a. in verschiedenen italienischen Städten vorgebracht. Der Papst verurteilte das Vorgehen, die auf Anweisungen des Präsidenten des faschistischen Jugendbunds zurückzuführen seien. Solche Vorgehens sollen sofort in den katholischen Blättern der ganzen Welt bekanntgegeben und ihm mitgeteilt werden. Der Papst werde im Fall eines Verbots von Zusammenkünften in ganz anderer Weise auftreten können als die kath. Studenten selbst. Wenn Studenten wegen ihrer Zugehörigkeit zum katholischen Studentenbund aus dem faschistischen Studentenverband ausgeschlossen werden, so sollen sie das als eine Ehre betrachten. Er selbst (der Papst) werde oft genug nicht verschont. Ihm allein stehe eine Auflösung des kath. Studentenbunds zu, denn er sei der Begründer der katholischen Aktion.

Rußland in Genf

London, 21. Mai. Der „Daily Herald“ meldet aus Genf, der russische Vertreter Litwinow habe auf der diesjährigen Konferenz in Genf viel mehr Beachtung und Höflichkeit gefunden als früher. Es scheint, daß eine Veränderung der französischen Politik gegenüber Rußland im Werden sei. Heute hat Litwinow Sonderbesprechungen mit Briand und dem polnischen Außenminister Raketti. Gerüchte wollen wissen, daß in Paris wichtige Verhandlungen über ein großräumiges handels- und kreditabkommen mit Rußland geführt werden.

Dinge zur Erörterung kommen werden, teilzunehmen. Mit Sicherheit würde Dr. Curtius eine Nichtaußenministererklärung des Reichstags zu erwarten haben, wenn dieser jetzt versammelt wäre. Da dies leider nicht der Fall ist, solle die Last der Entscheidung auf die Reichsregierung und den Reichspräsidenten.

Kur Dr. Curtius, sagt die „D. Allg. Ztg.“, sei schuld, daß in Genf durch Ueberrumpelung ein Beschluß zustande kommen konnte, der die mindere Berechtigung Deutschlands aller Welt klar vor Augen rückt. Curtius trage die Verantwortung, daß Deutschlands Beiseitestellung in Genf ausfallend geworden sei und daß selbst der Serbe Marinkowitsch von einer „Friedensförderung“ durch Deutschland und Oesterreich zu sprechen gewagt habe. Mit Herrn Marinkowitsch werde später ein Wort zu sprechen sein. Aber die Zeit sei gekommen, wo Deutschland zu überlegen habe, ob es in Genf oder außerhalb Genfs flüchten sei. Das deutsche Volk ertrage die Zustände nicht mehr, die ihm im Völkerbund von Anfang an verbrochen wurden. Das Ansehen des Reichstags Brünning sei durch die Genfer Vorgänge schwer gefährdet.

Auf Verlangen von Dr. Curtius wird von der Reichsregierung amtlich erklärt, ein Beschluß des Völkerbundrats, die Volksgemeinschaft später auch noch unter politischen Gesichtspunkten zu erörtern, liege nicht vor; dies



sei nur von einzelnen Gegnern des Plans ausgesprochen worden. Von deutscher Seite sei in Genuß dieser Absicht auf das bestimmteste entgegengetreten worden. Kein Staat könne sich in einer internationalen Erörterung dagegen schüßen, daß von anderen Staaten unbedachte Anträge gegen seine Pläne gestellt werden. Hierbei komme es allein darauf an, solche Bestrebungen zunichte zu machen.

Wozu zu bemerken ist, daß das alleinstehende Deutschland eben leider nicht in der Lage ist, die unbedachten Anträge der ausschlaggebenden Staaten zunichte zu machen.

Der Artikel erregte in Berlin um so größeres Aufsehen, als der Leiter des Blatts, wie dem „Tag“ aus Genf berichtet wird, zu den intimsten Besuchern des Reichskanzlerpalais gehöre. Die deutsche Abordnung in Genf sei daher logischerweise nicht im Zweifel gewesen, daß der Angriff gegen Curtius zwar nicht vom Reichskanzler, aber mindestens aus dem Reichskabinett komme. In Genf habe sich ergeben, daß die Verantwortung für die Politik bei dem gesamten Kabinett liege, weil es sich bei der Zollunion nicht nur um das auswärtige Amt, sondern um verschiedene Ministerien handle.

Die sehr gemäßigten „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, auf die Behandlung Deutschlands und Oesterreichs in der Zollfrage sei ein Wechsel mindestens im Reichsfinanzministerium die gegebene und sicher auch wirksame Antwort, die dem Ausland zeigen würde, daß die Gebühre des deutschen Volkes gegenüber der Vorenthaltung legaler Gleichberechtigung ihre Grenzen hat. Ein solcher Akt würde auch in der schmalen und wirren innerpolitischen Atmosphäre günstig wirken.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 21. Mai.

Brotpreiserhöhung

Der Einspruch des Abg. Mergenthaler (NS.) gegen die beiden Ordnungsrufe, die ihm vom Landtagspräsidenten Pflüger erteilt worden waren, wurden gegen die Stimmen der Bürgerpartei, des Bauernbunds und seine eigene Stimme zurückgewiesen. Ein Antrag Dr. Ströbel (SP.) und Scheffold (Z.) auf Vorlage eines Plans betr. weitere Ausgabenreduktion beim Landestheater angenommen.

Abg. Weimer (S.) begründete eine Große Anfrage bezüglich der Erhöhung des Brotpreises. Abg. Heune (Dem.) begründete die Große Anfrage betr. das Vergebungswesen.

Wirtschaftsminister Dr. Maier beantwortete die Anfragen. Infolge der Preislenkung innerhalb eines Jahres sind die Lebenshaltungskosten in Deutschland um 7 v. H. gefallen. Bezüglich der Preiserhöhung habe das Wirtschaftsministerium versucht, die Vorkerinnung und den Konsumverein in Stuttgart von der Brotpreiserhöhung abzuhalten, aber leider vergeblich. Die Entwicklung der Brotpreisfrage im ganzen Reich müsse als sehr unzufrieden empfinden werden. Die beteiligten Reichsstellen hätten vorsichtiger und vorausschauender handeln können. Die Ursache des Brotpreisrückgangs liege im Zusammenhang mit der Getreide-Politik. Hätten die Weltmarktpreise für Getreide in Deutschland festgesetzt, so wäre das der Ruin der deutschen Landwirtschaft. Verwahrung habe die württ. Regierung eingelegt gegen die Methode der Reichsstelle, welche nur in Berlin verbilligtes Mehl zur Verfügung stellt, denn durch solche ungleiche Behandlung müsse Unzufriedenheit entstehen.

Zur Frage des Vergebungswesens erklärte der Minister, die württ. Regierung werde die Frage der formellen Unterbauung der Verdingungsordnung durch eine Schiedsstelle mit aller Sorgfalt prüfen. Die Regierung hoffe im Benehmen mit dem Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags, sowie mit den Berufsvertretungen einen Weg zu finden, der den Wünschen der Beteiligten Rechnung trage.

Abg. Stoß (SP.) vertrat die Ansicht, daß es für die Bäcker tragbar gewesen wäre, den Brotpreis beizubehalten, denn sie hätten ebenso wie die Metzger recht gute Zeiten hinter sich. Es wurden dann noch eine Reihe von Anträgen gestellt, so von dem Abg. Doh (Z.) und anderen auf Überweisung der Frage der Errichtung einer neutralen Schiedsstelle zur Prüfung an den Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß, von dem Abg. Dr. Ströbel (SP.) auf Befreiung derjenigen Arbeitnehmer von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die vom Genuß der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind, vom Abg. Dr. Bürger (SP.) auf Streichung der Beiträge an die gewerkschaftlichen Rechtsanwaltsstellen, vom Abg. Bollmer (Komm.) auf Durchführung der 40-Stundenwoche usw.

Wirtschaftsfragen

Bei der weiteren Beratung der Kap. 64 (Wirtschaftsministerium) und Kap. 65 (Zentralstelle für die Landwirtschaft) begründete Abg. Bollmer (Komm.) verschiedene Anträge auf Unterstützung der Arbeitslosen, Beteilung von 5 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung, Durchführung des 7-Stundentags und Schutz der Jugend gegen soziale Verelendung. Die Brotpreiserhöhung sei für die Arbeiter untragbar. Nur in Sowjetrußland gebe es einen wirtschaftlichen Aufschwung. Abg. Kuchle (Z.) beklagte sich über die Benachteiligung der württembergischen Wirtschaft bei der Verteilung von Reichsaufträgen. Seit dem Krieg habe Preußen 5 Milliarden und Württemberg 800 Millionen zu wenig an Aufträgen bekommen. Das sei ein Vorwurfsgrund für den Einheitsstaat. Abg. Dr. Rauthe (Dem.) betonte die Vorteile der freien Wirtschaft und die Bedeutung der Ausfuhr. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß alle Arbeitnehmer die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten, in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung kommen und daß die Brotpreiserhöhung alsbald rückgängig gemacht wird. Abg. Mayer (SP.) wünschte, daß das schaffensfreudige Handwerk geschützt werde.

Präsident Kuhn erklärte, das Vergebungswesen werde gerecht durchgeführt. Oberbaurat Schott betonte, daß beim Hochbauamt die Arbeiten nach dem angemessenen Preis vergeben würden. Abg. Kling (SP.) trat für Erhöhung des Butterpreises ein und bezeichnete es als unwürdigen Zustand, wenn das arme Deutschland für 23 Millionen Mark

Gegen üblen Mundgeruch

Es will nicht sein, daß man seinen Mundgeruch nicht zu machen, Jahre lang, sondern auch bei mir sonst blühenden Mundgeruch verloren habe. Ich wurde die „Mikrobent“ aufs beste empfohlen. — Was verlor ich nur die erste Gebrauchsperiode, Zahl 24 Pf. und 90 Pf., und weiß jeden Morgen dafür zurück.

Blumen einführe. Abg. Dr. Hölscher (SP.) vertrat die Ansicht, daß ohne Revision des Youngplans eine Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands unmöglich sei. Der Vorkriegsvertrag sei absolut untragbar.

Württemberg

Stuttgart, 21. Mai.

Der Arbeitsmarkt Südwestdeutschlands. Am 15. Mai 1931 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 101.740, in der Kräfteunterstützung 41.505 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 8886 oder um 5,8 v. H. von 152.131 auf 143.245 Personen (117.003 Männer, 26.242 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 60.166 gegen 63.019 und auf Baden 83.079 gegen 89.112 am 15. Mai 1931. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. Mai 1931 auf 1000 Einwohner 28,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,3 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Außerdem wurden noch über 28.000 Wohlfahrtsverwerbslose unterstützt.

Dr. Wolf in Rußland. Frau Jacobowich folgt nach. Dr. Friedrich Wolf befindet sich seit einiger Zeit in Moskau, um dort an einem Film mitzuwirken. Auch Frau Dr. Jacobowich hat vom Untersuchungsrichter die Ausreisegenehmigung nach Rußland bekommen und will sich demnächst dorthin begeben. Beide haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, einer Ladung des Gerichts in der gegen sie schwebenden Strafsache jederzeit Folge zu leisten.

Landesjubiläum der Oso-Grenadiere. Die Vereinigung ehem. Oligarenadiere hält am 7. Juni hier ihren jährlichen Vertretertag ab. Aus diesem Anlaß findet am gleichen Tag, nachm. 3 Uhr, im großen Saal des Stadtparkes eine Zusammenkunft der ehemaligen Regimentsangehörigen statt.

Schwerer Unfall Stuttgarter Flieger. Die Stuttgarter Flieger Sackmann und Fr. Schultes mußten bei Passau eine Notlandung vornehmen. Dabei ging die Maschine in Trümmer. Beide Insassen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Weigand gebracht. Fr. Schultes erlitt wie Weindrücke und mußte sofort operiert werden.

Vom Bliz getroffen. Sei dem am Mittwoch niedergegangenen Gewitter wurde der Chauffeur einer hiesigen Pianofabrik, der in der Haustür stand, von einem Bliz getroffen. Er wurde für kurze Zeit betäubt und verlor für einige Minuten die Sprache. Einen weiteren Schaden hat er nicht erlitten.

In der Votmanger Straße schlug der Bliz in eine an einem Haus angebrachte Hochantenne. Hierdurch wurde der angeschlossene Radioapparat zerstört. Personen wurden nicht verletzt.

Gemeindeanteile am Einkommensteuer- und Körperschaftsteuereinkommen. Nach dem, was in den letzten Wochen über die Lage der Reichsfinanzen, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer bekannt geworden ist, muß in Rechnung genommen werden, daß die Erträge dieser Steuerarten für 1931 um mindestens 10 v. H. hinter dem bisher veranschlagten Betrag zurückbleiben. Die Gemeinden sind daher benachrichtigt worden, daß der Ertrag ihrer Anteile an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1931 höchstens 90 v. H. des an Hand des erwähnten Erlasses errechneten Betrags erreichen wird.

Prämierung von Bienenzuchtbetrieben. Die alljährliche Prämierung von mustergültigen Bienenzuchtbetrieben durch die Württ. Landwirtschaftskammer findet heuer im Gebiet des Neckar- und Jagstkreises statt. Bewerbungen sind bis 1. Juli an die Württ. Landwirtschaftskammer Stuttgart, Marienstr. 33, zu richten.

Aus dem Lande

Schlagen, 21. Mai. Die Schäden des Hochwassers. Der Gemeinderat besaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den durch das letzte Hochwasser entstandenen Schäden und bewilligte eine Schuldaufnahme von 80.000 bis 70.000 Mark, die für Schäden an städtischen Einrichtungen und an privaten Grundstücken zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Regierung soll um Bewilligung an den Kosten ersucht werden. Erörtert wurde auch die Frage eines Neubaus der Holzbrücke in Oberrödingen. Eine den Gefahren des Hochwassers und des Eises gewachsene Brücke würde mindestens 100.000 Mark erfordern.

Wingingen Osh. Gmünd, 21. Mai. Eine kaum acht Jahre alte Tanne blüht. Ein Naturwunder steht im „Tannenwäldle“ bei Wingingen. Während die Nichte unserer Wälder erst mit 60—70 Jahren, freistehend schon mit 30—50 Jahren ihre Blütezeit erreicht, steht im „Tannenwäldle“ ein nur wenig mehr als 1 Meter hohes Tannenbäumchen, das an zwei seiner drei auswärtsstehenden Endspitzen zwei weibliche Blüten, drei aufwärtsstehende weibliche Zapfenblüten trägt. Nach Rücksprache mit Winginger Landwirten ist das blühende Tännchen vor etwa fünf Jahren aus der Veredelung in die Freilandkultur verpflanzt worden. Die im Tannenwäldle bei Wingingen blühende Nichte ist also erst 8 Jahre alt.

Schramberg, 21. Mai. Besuch aus Dänemark. Von der Schweiz kommend, besuchten etwa 30 dänische Uhrmacher die hiesigen Uhrenfabrikanlagen. Werk Junghans und Werk Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik. Auch das Lebensgerichter Werk wurde besucht.

Ehnenbogen Osh. Oberndorf, 21. Mai. Tödlicher Unglücksfall. Dienstag nachmittag wurde der 22 J. a. Joh. Sigel, Schreiner, Weirbach-Loßburg von einem englischen Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er nach einer Stunde verschied.

Schwenningen a. R., 21. Mai. Kriegsgefangenen treffen. Zum 1. Mal seit dem Bestehen des Gau Baden-Württemberg der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener e. V. findet ein allgemeines Kriegsgefangenen-treffen am Samstag, den 6. und Sonntag, den 7. Juni in Schwenningen a. R. statt.

Crailsheim, 21. Mai. Petri heil. Lokomotivführer Wohl gelang es, in seinem Frischwasser in der Sohl einen etwa 12 Pfund schweren Hecht zu fangen.

Rottenburg, 21. Mai. Große Wildverluste. Obwohl seitens der Jagdpächter viel getan wurde, um die

Rot des Wilds infolge des Schneefalls im März zu lindern — im Rottenburger Stadtwald und seiner nächsten Umgebung sind etwa 100 St. H. und D. und, sowie Kastanien verfault worden — beträgt die Zahl der bis jetzt verendeten aufgefundenen Rehe über 60. Für die Jäger bleibt da nichts mehr zu tun übrig.

Friedrichshafen, 21. Mai. Schwere Autounfälle. Im Seewald bei Friedrichshafen wollte am Mittwoch abend das Dienstauto des Arbeitsamts Ravensburg, das der Chauffeur Müller steuerte, in der Nähe von Rodbrack einen Radfahrer überholen, als ihm von der Gegenseite ein von einer Dame gesteuerter Wagen entgegenkam. Beim raschen Bremsen schleuderte das Dienstauto und fuhr auf den entgegenkommenden Wagen auf, der in den Straßengraben gedrückt wurde, wodurch zwei seiner Insassen leichte Verletzungen erlitten. Der im Dienstauto sitzende Arbeitsamtsdirektor Bräsele wurde durch den Anstoß aus dem Wagen geschleudert und war sofort tot. Der Kassierer des Arbeitsamts, W. A. L. erlitt leichte Verletzungen am Kopf, während der Chauffeur Müller mit dem Schrecken davon kam. Müller wurde verhaftet.

Vom Bodensee. 21. Mai. Preisabbau und Preisabbau. Vier Reisende einer Großfirma kamen nach Konstanz und wollten in die Schweiz. Allen fehlte ihnen ein deutscher Reisepaß. Also schrieben sie an ihre Heimatsbehörden um Ausstellung eines entsprechenden Ausweises, auf Grund dessen sie sich von einem deutschen Passamt den Paß beschaffen wollten. Diese Heimatsbehörden waren je eine deutsche Stadt in Württemberg, Bayern (Bsalz) und Preußen und ferner die Stadt Reg. Die Papiere kamen an und kosteten als Nachnahme: von der Stadt in Württemberg 6 Mk., von der Stadt in Bayern 7,20 Mk., von Reg. 1 Mk. und von der preussischen Stadt in Westfalen 15 Pf. für die Zustellung als postpflichtige Dienststücke. — Der kaufmännische Wert des Ausweises, gemessen an der Arbeitsaufwendung, mag etwa 1,50 Mk. sein, möglich Porto. Die preussische Stadt hat demnach den Preis hierfür ganz abgebaut und hat den Dienst am Kunden vorbildlich durchgeführt. Württemberg und Bayern aber haben kräftig aufgebaut. Daß Reg. als jezt französische Stadt für den deutschen Bürger unter ihrem Selbstkostenpreis arbeitet, ist anzuerkennen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 22. Mai 1931.

Tadel muß nicht lernen tragen, dir die Wahrheit lassen sagen. Nicht darüber dich beklagen, wenn es heilsam dich wird nagen. Küster.

Vom Rathaus

Gemeinderatsbericht am 13. Mai 1931.

Anwesend: Der Vorsitzende, Bürgermeister Maier und 11 Stadträte.
Abwesend: Die Stadträte Kaaj, Schraeder, Häußler, Bauer und Weitzbrecht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des am 4. Mai dieses Jahres verstorbenen Stadtrats Strenger, dem er warme Worte des Dankes und treuen Gedenkens widmete. Das Kollegium ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

Neubesetzung einer erledigten Stadtratsstelle: Durch den Tod des Stadtrats Strenger ist dessen Stelle gemäß Art. 61 der Gemeindeordnung im Wege des Nachrückens wieder zu besetzen. Im Wahlvorschlag der Wählervereinigung II hat nach dem Wahlprotokoll vom 8. Dezember 1928 Wilhelm Hart, Seifenfabrikant, früherer Gemeinderat, die nächst höchste Stimmenzahl mit 669 erhalten. Hart rückt deshalb für den Rest der Wahlperiode in den Gemeinderat ein. Irgendwelche Hindernisstände liegen nicht vor, so daß seinem Eintritt in der nächsten Sitzung nichts im Wege steht.

Mitteilungen: Kenntnis genommen wird von dem Erlaß der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung vom 8. Mai 1931 Nr. 2774 betr. Schuldaufnahme der Stadtgemeinde Nagold für einen Schwimmbau. Der Inhalt des abliegenden Bescheides ist in „Gesellschaftler“ bereits an anderer Stelle bekanntgegeben worden. — Der Steuerverteilungsausschuß hat den Zuschuß aus dem Ausgleichsfond in gleicher Höhe wie in den Vorjahren verwahrt, dagegen ist der Beitrag zu den Lehrergehältern der Volksschule von 5000 auf 2000 R-Mark ermäßigt worden. — Nach langwieriger Verhandlung ist der Anfall des Kadelholzsammels aus dem Stadtwald vorwiegend Scheidholz mit rd. 2000 Festmeter an die Firma Gebr. Theurer hier zu 56 Pro. der Forstare verkauft worden. — Ein kleineres Quantum, etwa 250 Festmeter, aus dem Stadtwald wurde zu 63 Pro. auf dem Stok ebenfalls an die Firma Gebr. Theurer abgesetzt.

Vorbereitungen für die Aufstellung des Voranschlages von 1931: Nachdem der gesamte Holzanfall aus dem Stadtwald, der heuer vorwiegend aus Sturmhölz und Durchforstungen bestand, verkauft ist, kann an die endgültige Aufstellung des Voranschlages für 1931 gegangen werden. Der Voranschlag der Stadtwaldkasse enthält einschließl. eines Uebertrags von 23.000 RM. für Rekrutierungen aus dem Vorjahr an Einnahmen 142.900 R-Mark, und an Ausgaben 100.000 R-Mark, so daß sich ein Ueberfluß von 42.900 R-Mark ergibt. Einschließl. dieser Rekrutierung von 1395 Festmeter im Vorjahr sind für das laufende Wirtschaftsjahr angefallen insgesamt 8253 Festmeter, wovon zur Verfügung stehen 4000 Festmeter für laufende Zwecke mit einem Reinüberschuß von 10.000 R-Mark, 1428 Festmeter auf außerordentliche Kulturarbeiten; der Aufwand hierfür ist in den obigen Gesamtausgaben bereits enthalten, 429 Festmeter für den Waldweg im Feldbereinigungsgebiet Kernen mit 3000 R-Mark. Der Aufwand für diesen Weg — Kostensarbeit — wird in der Stadtpflegerrechnung 1930 bereits veranschlagt, 1239 Festmeter als Erlaß der Kosten der Hochwasserhäden im Stadtwald mit 15.000 R-Mark, und 1157 Festmeter sind als Zuweisung für das Wirtschaftsjahr 1931/32 (Rechnungsjahr 1932) zurückzulegen mit einem Wert von 14.900 R-Mark. Für die laufenden Zwecke des Stadthaushalts stehen heuer der Stadtpfleger nur 10.000 R-Mark zur Verfügung, während der Stadtwald normalerweise einen Ueberfluß von 70.000 R-Mark abwirft. Wie sich das auf den heutigen Etat auswirkt, kann jeder sich selber ausmalen. Die Ausgaben wer-



März zu hindern... bis jetzt verendet... bleibt da nichts

Aufbau und... Profirma kamen... in allen schte... an ihrer... sprechenden... deutschen... Heimatbehörden... tembera. Bagern... Stadt Reg. Die... nnahme: von der... Stadt in Bannern... Preußischen Stadt... als portopflüchtige... Ausweises, er... etwa 150 M... abt hat demnach... den Dienst am... berg und Bannern... als jetzt fröhlich... ihrem Selbst...

Aufbau und... Profirma kamen... in allen schte... an ihrer... sprechenden... deutschen... Heimatbehörden... tembera. Bagern... Stadt Reg. Die... nnahme: von der... Stadt in Bannern... Preußischen Stadt... als portopflüchtige... Ausweises, er... etwa 150 M... abt hat demnach... den Dienst am... berg und Bannern... als jetzt fröhlich... ihrem Selbst...

Land

2. Mai 1931. die Wahrheit... belagern, wenn es... Rüdert.

1931.

Mai 1931. die Wahrheit... belagern, wenn es... Rüdert.

Die I. Dienstprüfung für das höhere Lehramt haben erstanden in der neu sprachlichen Richtung: Hedwig Hiller von Altensteig O. A. Nagold, Hedwig Oberdorfer von Dornstetten O. A. Freudenstadt; in der mathematisch-physikalischen Richtung: Gustav Wolff von Schönbrunn O. A. Nagold; in der naturwissenschaftlichen Richtung: Gottlob Schuon von Nagold, Karl Fizelemann von Freudenstadt; für Zeichen- und Kunstunterricht: Friedrich Benz von Dederspfonn O. A. Calw.

Die II. Dienstprüfung für das höhere Lehramt haben erstanden in der mathematisch-physikalischen Richtung: Helmuth Waller von Pfalzgrafenweiler O. A. Freudenstadt; in der naturwissenschaftlichen Richtung: Dr. Eugen Kober von Hirschweiler O. A. Freudenstadt; für Zeichen- und Kunstunterricht: Otto Gunkelberger von Freudenstadt.

Böfingen, 22. Mai. Gefährter Unfug. Vor dem Amtsgericht Nagold kam gestern ein Fall zur Verhandlung, der an dieser Stelle am 16. Nov. v. Js. unter der Ueberschrift „Ueberfall auf ein Personenauto“ gemeldet wurde. S. J. wurde nämlich ein Böfinger Wagen, der auf der Fahrt nach Spielberg war, unweit unseres Ortes von einem Personennimbus herbeigewinkt und als die Insassen des Personennimbus ausstiegen, wurden sie von dem Omnibusfahrern verprügelt. Inzwischen hat man festgestellt, daß die Kommissarmitglieder des Stuttgarter Sportklubs, wohnhaft in Gaisberg und Gablenberg, waren und im Alter von 30 bis 40 Jahren stehen. Sie haben diesen Unfug vor lauter Uebermut oder vielleicht auch im Delirium inszeniert. Gestern wurden nun die Haupttäter zu 60 und 30 Mark Geldstrafe und zu Bußen von 20 und 10 Mark, sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Geftorbene: Maria Sauter, Calw / Joh. Gg. Frey, 83 J., Enzthal; Rohrbach; Marie Blach geb. Feinzelmann, 62 J., Neuenbürg.

den jedenfalls nur auf das Notwendigste beschränkt. — Der Beitrag an die Landwirte und sonstigen Grundbesitzer zur Versicherung ihrer Feldfrüchte gegen Hagelschlag wird für das Jahr 1931 wieder wie in den Vorjahren auf 3 3/4 % festgelegt. — Aus Erparnisgründen wird eine Gehilfenkette bei der Stadtpflege bis auf weiteres nicht mehr befehrt. Zur Ausbesserung der Gehilfen des Bürgermeisters amts zur Verfügung, worüber sich die beiden Aemter verständigen werden. — Nachdem Schuhmann Finkenbeiner die Polizeiwachmeisterprüfung abgelegt hat, steht ihm der Titel eines Polizeiwachmeisters und der Gehalt nach Gruppe 13 zu. Mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres ob wird dies beschlossen. — Zur Verminderung der Personalkosten werden einige Veränderungen in der Besetzung von Stellen bei der Forstverwaltung und dem Stadtbauamt bis auf Weiteres in Aussicht genommen. — Der Steinbruch Rittersbergle schließt in Einnahme und Ausgabe mit 24 000 RM. ab. Der Steinbruch ist noch im Aufbau und von ihm daher heuer noch keine Rente zu erwarten. Der Hochbau, d. h. die Unterhaltung der Stadt, Gebäude erfordert insgesamt 10 000 RM., darunter die Erneuerung des Verputzes der Präparandenanstalt 3000 RM. und eine weitere Rate von 1000 RM. für die Instandsetzung des Totengräberhauses. Ob diese Arbeiten aber heuer ausgeführt werden, ist bei der Finanzlage sehr fraglich. Für die Instandhaltung der Unterhaltung sind 1200 RM. für Feuerlöschzwecke 5250 RM. und für das Stadt Wasserwerk 12 000 RM. vorgesehen. Eine wesentliche Kürzung haben die Etats für die Unterhaltung von Nachbarschaftsstraßen und der Ortsstraßen, Kanäle und Feldwege erhalten. Die Nachbarschaftsstraßen in Unterhaltung der Amtsförderung erfordern mindestens 14 500 RM., darunter ist die Teuerung der Straße Nagold-Iselshausen-Unterschwandorf mit einem Aufwand von 7000 RM. vorgesehen. Die Unterhaltung der Ortsstraßen, Kanäle, Feldwege, Auffüllplatz und der Flußufer, Friedhöfe usw. erfordern 39 150 RM. Darunter sind enthalten 4500 RM. für die Dole in der Lembergstraße, die im letzten Winter als Notstandsarbeit ausgeführt wurde, 4000 RM. für die Dole in der Langestraße von der Bahnhof bis zur Emmingerstraße infolge des Posthausneubaus; für die Teuerung der Ortsstraßen und der Ortsstraßen von Staatsstraßen 8500 RM. Alles übrige sind die notwendigen Unterhaltungsausgaben, die nicht weiter gekürzt werden können, weil schon im Vorjahr wesentlich eingespart wurde. In nächster Zeit findet nunmehr die Beratung des Hauptvoranschlags statt.

Die I. Dienstprüfung für das höhere Lehramt haben erstanden in der neu sprachlichen Richtung: Hedwig Hiller von Altensteig O. A. Nagold, Hedwig Oberdorfer von Dornstetten O. A. Freudenstadt; in der mathematisch-physikalischen Richtung: Gustav Wolff von Schönbrunn O. A. Nagold; in der naturwissenschaftlichen Richtung: Gottlob Schuon von Nagold, Karl Fizelemann von Freudenstadt; für Zeichen- und Kunstunterricht: Friedrich Benz von Dederspfonn O. A. Calw.

Die II. Dienstprüfung für das höhere Lehramt haben erstanden in der mathematisch-physikalischen Richtung: Helmuth Waller von Pfalzgrafenweiler O. A. Freudenstadt; in der naturwissenschaftlichen Richtung: Dr. Eugen Kober von Hirschweiler O. A. Freudenstadt; für Zeichen- und Kunstunterricht: Otto Gunkelberger von Freudenstadt.

Böfingen, 22. Mai. Gefährter Unfug. Vor dem Amtsgericht Nagold kam gestern ein Fall zur Verhandlung, der an dieser Stelle am 16. Nov. v. Js. unter der Ueberschrift „Ueberfall auf ein Personenauto“ gemeldet wurde. S. J. wurde nämlich ein Böfinger Wagen, der auf der Fahrt nach Spielberg war, unweit unseres Ortes von einem Personennimbus herbeigewinkt und als die Insassen des Personennimbus ausstiegen, wurden sie von dem Omnibusfahrern verprügelt. Inzwischen hat man festgestellt, daß die Kommissarmitglieder des Stuttgarter Sportklubs, wohnhaft in Gaisberg und Gablenberg, waren und im Alter von 30 bis 40 Jahren stehen. Sie haben diesen Unfug vor lauter Uebermut oder vielleicht auch im Delirium inszeniert. Gestern wurden nun die Haupttäter zu 60 und 30 Mark Geldstrafe und zu Bußen von 20 und 10 Mark, sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Geftorbene: Maria Sauter, Calw / Joh. Gg. Frey, 83 J., Enzthal; Rohrbach; Marie Blach geb. Feinzelmann, 62 J., Neuenbürg.

Kampf um Rosenberg

ROMAN AUS OBERSCHLESIE
VON JOHANNES HOLLSTEIN / NACHDR. VERBOTEN

(Fortsetzung 20)
Bruds biß sich auf die Lippen. Er fühlte sich geschlagen. „Gut! Wenn Sie die sehr hohen Kosten nicht scheuen... das geht. Aber vergessen Sie nicht... es besteht noch eine andere Gefahr. Sobald ich die Schweizer entlasse, werden sich, wie ich die Polen kenne, die anderen Polen mit ihnen solidarisch erklären und gemeinsam das Gut verlassen. Bedenken Sie die Gefahr! Jetzt kurz vor der Ernte! Wo kriegen wir da rasch fünfzig Mann her? Es sind alles tüchtige Leute.“
Einen Augenblick war Ruhe.
„So, Sie meinen, daß dann alle die Arbeit niederlegen?“
„Unbedingt, damit müssen Sie rechnen.“
„Gut... dann lassen Sie alle gehen! Dann habe ich das Gut mit einem Male rein.“
Da erhob sich der Inspektor und schlug mit der Hand auf den Tisch. Aufgeregt sagte er:
„Herr von Kamerling!... dagegen muß ich ein Wort sprechen. Ihr Herr Vater hat mir die Leitung des Gutes in die Hände gelegt, und wenn Sie diesen Schritt auch tun wollen, ich kann ihn nicht gutheißen. Ich fühle mich immer noch verantwortlich.“
Willfried verzog keine Miene. Aber er fühlte, jetzt kam die Entscheidung.
„Herr Inspektor“, sagte er kühl, „ich habe Sie schalten und walten lassen, wie Sie wollten, aber jetzt muß ich es doch einmal tun. Es hilft nichts.“
Da brachs aus Bruds hervor, aus war es mit seiner Selbstbeherrschung.

Baiersbronn O. A. Freudenstadt, 21. Mai. Eröffnung des Krieger-Erholungsheims „Schönblick“. Die Instandsetzungsarbeiten im Erholungsheim „Schönblick“ sind so weit fortgeschritten, daß das Heim am Montag, 1. Juni, in Betrieb genommen werden kann. Aufnahmebesuche der Kriegsteilnehmer sind durch die Kriegervereine an die Geschäftsstelle des Wärf. Kriegerbunds in Stuttgart einzusenden. Auch Ehefrauen der in das Heim einberufenen Kameraden können während des Aufenthalts der letzteren bis auf weiteres und soweit Platz vorhanden ist, im Heim Aufnahme finden. Für diese ist aber der volle Pensionspreis, der z. B. 5 RM. beträgt, zu bezahlen.

Letzte Nachrichten

Erwerbslosenaustrittungen in Effen.
Effen, 22. Mai. Eine größere Anzahl Erwerbsloser sammelte sich gestern mittag nach einer Demonstration auf dem Republikplatz vor dem Rathaus an. Schutzpolizei zersprengte die Demonstranten, wobei ein Wachmeister von einem Trupp abgedrängt und mißhandelt wurde. Einige Zeit später fiel aus der Menge ein Schuß. Ein Beamter, der einen Reserflich in den Rücken erhielt, gab 6 Schreckschüsse ab. Da der Beamte beim Schießen angegriffen wurde, irrte die Kugel ab, durchschlug die Fensterscheibe eines Geschäftes und verletzte einen Kunden am Kopf. Zwei Demonstranten wurden durch Steinwürfe erheblich verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Sechs Personen wurden festgenommen.

Weitere Bergarbeiterentlassungen im Ruhrbezirk.
Dortmund, 22. Mai. Die Vereinigten Stahlwerke AG, Abteilung Bergbau, Gruppe Gelsenkirchen, zeigte die Stilllegung der Zeche „Graß Wolke“ in Gladbeck zum 14. Juni an. Zur Entlassung kommen 465 Arbeiter und Angestellte. Die Hartpener Bergbau-AG stellte Stilllegungsantrag für ihre Zeche „Rari“. Hier kommen 853 Arbeiter und 44 Angestellte zur Entlassung. Der Grund ist in beiden Fällen im Abgammel zu suchen.

Generaloberst von Klud

Am 20. Mai vollendete Generaloberst v. Klud, der Führer der alten 1. Armee aus dem Weltkrieg, das 85. Lebensjahr. Als Führer der äußersten Armee des rechten Heeresflügels, die aus dem 2., 3., 4., 9. altiden Korps und dem 3. und 4. Reservekorps bestand, war Generaloberst von Klud in den Augusttagen 1914 der Hauptbetreuer an dem unversehrten und unergleichlichen deutschen Siegeszug durch Belgien und Nordfrankreich bis vor die Tore von Paris. Die glänzendste Leistung Kluds und vielleicht überhaupt der Geschichte dieses Krieges war der fünfjährige Kampf um Durcq, dessen Erfolg Klud nicht mehr auswerten konnte, weil ihn unmittelbar darauf der bittere Befehl zum Rückzug traf. Mit Recht nennt Hermann Stegemann in seiner Geschichte des Weltkrieges die Operationen Kluds im September 1914 „das Bedeutendste und Interessanteste, was an operativer Kriegsführung im Westen geleistet worden ist“. Klud, der schon die Kriege von 1866 und 1870 mitgemacht hat, wurde leider schon Anfang 1915 bei einer Besichtigung der Stellungen im vordersten Graben durch sieben Schrapnellkugeln schwer verwundet. Er mußte deshalb den Armeoberbefehl niederlegen und ist nach seiner Genesung nicht wiederberufen worden. Der Generaloberst lebt jetzt in völliger geistiger und körperlicher Frische in seinem Heim in Berlin-Grumewald.

Fünf Scheunen durch Blitzschlag eingestürzt. Mittwoch morgen 7 Uhr schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Josef Jungblud 3 in Huttenheim (Amt Bruchsal) ein. Im Augenblick standen vier angrenzende Scheunen gleichfalls in hellen Flammen. Der bedeutende Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Familientragödie. Der Witte der dreißiger Jahre stehende M. S. r a u h, Wittinhaber der Weinhandlung S. Strauß u. Söhne in Frankfurt a. M., hat seine betagte Mutter und sich selbst erschossen. Der Grund soll in dem Zerfall des Geschäfts liegen.

Der Solinger Skandal. Die Untersuchung gegen die Genossenschaft „Bauhütte“ in Solingen, der vielfach aus parteipolitischen Rücksichten händische Bauaufträge in bedeutendem Umfang übertragen worden waren, hat ergeben, daß

Er schlug abermals auf den Tisch und sagte zornvoll: „Ich habe es zu verantworten, daß die Ernte gut unter Dach und Fach kommt. Darum lasse ich mir von Ihnen nicht dreinreden und mich zu übereilten Maßnahmen drängen!“
Schaffranz sah auf Willfried. Er fühlte wie es in ihm loderte. Aber gleichzeitig freute er sich. Willfried war doch der Heberleagene.
Er blieb völlig ruhig.
Herr Inspektor... sagte er kühl, „ich mache Sie darauf aufmerksam, daß mir mein Vater alle Vollmachten erteilt hat.“
„Und trotzdem lasse ich mir nicht dreinreden. Ich bin verantwortlich, wenn was nicht klappt.“
„So... haben Sie sich auch verantwortlich gefühlt... wenn Sie meinem Vater die schmachlich niedrigen Ernteeinträge mitteilen?“
Bruds hatte sich mit beiden Händen an der Tischplatte festgekrallt. Seine Brust wogte schwer. Seine Augen drohten.
„Herr... von Kamerling!... was wollen Sie damit sagen?“
„Ich will damit sagen, Herr Inspektor“, entgegnete Willfried schonungslos offen, „daß mich mein Vater mit dem Auftrage hierher geschickt hat, zu ergründen, woran es liegt, daß das Rittergut Rosenberg trotz scheinbar allerbesten müttergütiger Bewirtschaftung... keine Ueberschüsse abwirft. So... jetzt wissen Sie Bescheid. Aber... ich will gleich weiterprechen... ich will es Ihnen sagen... woran es liegt... es liegt an der verfluchten Polenwirtschaft, die ich nicht mehr mitmache!“
„Dann... bitte ich um meine Entlassung!“
Ganz ruhig und sachlich sagte es Bruds, er hatte sich wieder völlig in der Gewalt.
„Ich kann Sie nicht halten, Herr Inspektor... und ich will Sie nicht halten, denn jetzt wäre ein gedehliges Zusammenarbeiten nicht mehr möglich, jetzt... da Sie den Polen zu offen Ihre Sympathien bekundet haben. Wann wünschen Sie zu gehen?“
„Sofort!“

Die Stadt Solingen durch doppelte Rechnungen, Ueberspreise, Berechnung von nicht geleisteten Arbeiten, nicht geliefertem Baumaterial usw. um weit über 500 000 Mark geschädigt worden ist.

Eine Schönheitskönigin ist keine Bestbeule. In Bonn war ein Frä. Marga Giese zur „Schönheitskönigin“ gewählt worden. In der ganzen Sache wie an der Person nahm der Schriftleiter des „Westdeutschen Beobachters“, Ingenieur Peter G. H. Anstöß und er erklärte in einem Zeitungsbericht, die Schönheitskönigin sei eine Bestbeule. Frä. Schönheitskönigin ließ sich das nicht gefallen, und sie ging den Weg aller, die sich ungerade beleidigt fühlen. Auch das Amtsgericht ließ sich von der „Bestbeule“ nicht überzeugen und verurteilte den Sänder zu 70 M. Geldstrafe.

Handel und Verkehr

Der Jahresverbrauch an Weichmilch (einschl. Seifenpulver) betrug im Jahr 1928 über 12 1/2 Pfund pro Kopf der gesamten Bevölkerung. Die Erzeugung der Seifenindustrie betrug im Jahr 1928 etwa 500 000 D. im Wert von rund 400 Mill. RM. Der größte Teil, nämlich 64 Prozent, entfällt auf gewöhnliche, feste Seifen, Seifenloden und Seifenpulver. Rund 17 Prozent betrug die Erzeugung von Toiletenseifen, während rund 13 Prozent auf Schmierseife entfielen. Wir zählen in Deutschland etwa 625 Betriebe der Seifenindustrie, die etwa 13 000 berufstätig sind. Die Seifenindustrie, die etwa 13 000 berufstätig sind, die zu gemeinschaftlich versicherte Personen beschäftigen, an die zusammen etwas mehr als 23 Mill. Mark Löhne und Gehälter bezahlt werden.

Die Arbeitslosigkeit in England. In einem amtlichen englischen Bericht wird ausgeführt, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der sozialversicherten Personen in Großbritannien im Jahr 1930 mit 15,9 v. H. die höchste seit 1921 sei. Von schätzungsweise durchschnittliche Zahl der versicherten Personen, die Beschäftigung hatten, auf nur 9 764 000, das sind 443 000 weniger als 1929. Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie sei um 33 v. H., die der Gießereien um 28,6 und die der Werften um 21,8 v. H. gestiegen.

Schwerer Bankrott in Württemberg. Großes Aufsehen erregt der Zusammenbruch der Firma S. B. Krapp in Wieslertersweiler bei Leinwang, die ein Dampfzementwerk, eine Holzhandlung und eine Kunstmühle von möglichem Umfang betrieb. Die Verbindlichkeiten belaufen sich nach vorläufiger Schätzung auf 500 000 Mark. Am schwersten betroffen ist die Schweizer Volksbank in Kreuzlingen mit rund 200 000 M. Die Geschäftspartner und Verwandten des Inhabers sollen eine Bürgschaft von etwa 100 000 Mark übernehmen haben. Der Inhaber Georg Krapp wurde unter dem Verdacht der Wechsellagerungen verhaftet.

Konkurrenz: Emanuel Hail, Lithogr. Konstanztal in Kriegerriedenbach O. A. Freudenstadt. — Frä. Paul Wagensfeld u. Co. in Reulsh. — Jakob Aug. Landwirt in Dornbach O. A. Elmangen. — Frä. Daube u. Dollmetzsch in Rudewingsburg.

Bergleiserverfahren: Alexander Eggerth, Uhrenschloß in Stuttgart. — Julius Red, Maschinenmeister in Elmangen. — Hermann Salzmann, Kurz-, Weh- und Wollwarengeschäft in Württemberg O. A. Solingen. — Wilh. Kann, Möbelgeschäft in Schornborn.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 21. Mai. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugewiesen: 4 Ochsen, 2 Bullen, 17 Jungbullen, 45 Rinder, 345 Räder, 203 Schweine und 10 Schafe. Davon blieben unverkauft: 25 Rinder, Verkauf des Marktes: langsam.

	21. 5.	19. 5.	Räder:	21. 5.	19. 5.	
Ochsen:	ausgemästet	—	45-47	—	18-22	
	vollfleischig	—	40-44	—	14-17	
	fleischig	—	34-38	—	—	
Bullen:	ausgemästet	35-36	35-36	letzte Maß- und beste Saughälder	67-70	70-78
	vollfleischig	33-34	33-34	mittl. Maß- und gute Saughälder	38-45	40-48
	fleischig	—	30-32	geringe Räder	45-55	48-57
Rinder:	ausgemästet	47-49	47-49	Schweine:	—	—
	vollfleischig	42-44	42-43	über 300 Pfd.	45	45
	fleischig	—	38-41	240-300 Pfd.	45-46	45-46
Schafe:	ausgemästet	—	—	200-240 Pfd.	44-46	44-46
	vollfleischig	—	—	100-150 Pfd.	41-43	41-43
	gering gemästet	—	—	unter 100 Pfd.	41-43	41-43
Sauen:	ausgemästet	—	30-35	—	—	—
	vollfleischig	—	22-27	—	—	—

Wetter

Der Tiefdruck über Mitteleuropa schwächt sich ab und das Barometer ist wieder im Steigen begriffen. Für Samstag und Sonntag ist besseres, wenn auch noch nicht vollständiges Wetter zu erwarten.

„Gut! Ich werde Ihnen ein Viertelsjahresgehalt und eine Entschädigung von einem weiteren Viertelsjahresgehalt auszahlen lassen.“
„Kann ich in einer Stunde meine Papiere erhalten?“
„Ja!“
Bruds verbeugte sich und verließ äußerlich ruhig mit der Würde eines Königs, innerlich ein lodender Vulkan, geladen mit dem Zorn eines Jocklopes, das Zimmer.
Willfried und Schaffranz saßen sich an.
Ein kummiges gegenseitiges Fragen war in ihren Blicken.
„Ob ich recht gehandelt habe... ganz ehrlich gesprochen... es ist mir das Gefühl durchgegangen... das muß sich erweisen. Aber wie dem auch sein: ich glaube, jetzt hängt unsere Aufgabe erst an.“
„Ja, Herr von Kamerling! Und... es war richtig! Ich glaube es! Bruds... steht zu sehr zu den Polen, und die polnische Wirtschaft unter dem Deckmantel der Ordnung war sicher schuld an allem.“
Willfried nickte.
„Wetter also! Jetzt heißt es in Ruhe disponieren! Zunächst den Anruf nach Breslau! Ich kaufe einen elektrischen Melkapparat für unseren Stall oder zwei. Dann... Inspektor Bruds Papiere fertigmachen. Das Geld auszahlen. Das läme für mich in Frage. Sie, Schaffranz, legen Sie sich sofort mit dem deutschen Hausgefinde ins Benehmen, organisieren das Melkgeschäft.“
„Dawohl, Herr von Kamerling!“
„Sollte tatsächlich eintreten, was Bruds sagte, daß die anderen Polen mit dem Schweigern zusammen gehen, dann wird es etwas brenzlich... dann heißt es Erntearbeiter, überhaupt Knechte und Klüge heranziehen.“
„Das wird nicht leicht sein!“ entgegnete Schaffranz gedrückt.
Wir müssen es schaffen, das wäre gelacht. Ich werde übrigens auch Peter Mellich, den Gendarmen, zu mir bitten. Ich glaube, der kann uns von Nutzen sein.“
(Fortsetzung folgt).



